DIE LINKE.

Klever-Tor-Platz 1 Fraktion im Rat der Stadt Wesel

Telefon: 0281 203 2720 linke-fraktion@wesel.de

www.linksfraktion-wesel.de

Wesel, 14.05.2021

Ergänzungsantrag zu den Zielvorgaben des Mobilitätskonzepts

Sehr geehrte Frau Westkamp,

im Hause

Fraktion DIE LINKE 2 Klever-Tor-Platz 1 2 46483 Wesel

An Frau Bürgermeisterin Westkamp

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Wesel beantragt, dass in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität unter dem Tagesordnungspunkt Ö18 beschlossen wird:

In den Ausschreibungs- und Auftragsunterlagen für das Mobilitätskonzept wird als Zielvorgabe zur Erreichung der beschlossenen Klimaneutralität konkretisiert, ca. 1 Million Kilometer, die die Bevölkerung Wesels jeden Werktag mit dem eigenen PKW zurücklegt, durch klimaneutrale Alternativen zu ersetzen.

Wir beziehen uns auf die Ergebnisse der Mobilitätsbefragung von 2019. Dort wurde ermittelt, welchen prozentualen Anteil die einzelnen Verkehrsmittel an den insgesamt von den Einwohner*innen Wesels an einem Werktag zurückgelegten Wegen haben. Für den Ausstoß von CO² und damit für die Auswirkungen auf das Klima ist aber die zurückgelegte Strecke entscheidend, also nicht die Anzahl der Wege, sondern der Kilometer, die täglich mit klimaschädlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden.

Die Mobilitätsbefragung ergab, das die Weseler*innen werktäglich durchschnittlich 193.500 Wege zurücklegen. Für 53 % davon benutzen sie ein KFZ, also für etwa 102.555 Wege. Die durchschnittlich mit dem KFZ gefahrene Stecke beträgt laut Befragung 11,9 km pro Weg. Also fahren die Einwohner*innen Wesels jeden Werktag 1.220.000 km (ca. 80% der insgesamt an einem Tag zurückgelegten Strecken) mit dem KFZ.

Im Verkehrsbereich ist folglich ein großes Einsparpotenzial klimaschädlicher Emissionen vorhanden. Diesen Bereich müssen wir dringend in Angriff nehmen, wenn der Beschluss des Rates zur Klimaneutralität bis 2035 umgesetzt werden soll. Zudem hat die Treibhausgasbilanz des RVR für Wesel ergeben, dass der Verkehr der einzige Bereich ist, der bisher noch nichts zur CO²-Reduzierung beigetragen hat – und das trotz gestiegenem Anteil des Fahrradverkehrs.

Nicht zuletzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht deutlich, dass Verschieben und Verdrängen notwendiger Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe nicht mehr toleriert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Wagner Fraktionsvorsitzende Dr. Martina Lupberger umweltpolitische Sprecherin